



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

3

März 2022 / 56. Jahrgang

POLIZEISPIEGEL

Polizistenmorde von Kusel

Trauer, Wut und Entsetzen

POLIZEI

Seite 8 <

Der Polizeipräsident von Oberhausen (NRW), Alexander Dierselhuis, im Interview

„Als Polizeipräsident denke ich strategisch und langfristig“

Seite 18 <

Fachteil:

– Polizeiliche Sonderrechte nach § 35 StVO – ausgewählte Problembereiche (Teil 2)

– Rechtsprechungsübersicht





Trauer, Wut und Fassungslosigkeit

Am 31. Januar 2022 wurden zwei Kollegen im Rahmen einer Verkehrskontrolle im Raum Kusel (Grenzgebiet Rheinland-Pfalz) kaltblütig erschossen.

Sascha Alles, Landesvorsitzender der DPoIG, beschreibt es so: „Wir sind fassungslos und geschockt über den sinnlosen Tod der Kollegin und des Kollegen in Rheinland-Pfalz.“

Einmal mehr zeigt sich, dass der Polizeiberuf gefährlich und unberechenbar bleibt. Das ist der Alptraum für jede Kollegin und jeden Kollegen.

Wir möchten den Familien und Freunden unserer Kollegen unser herzliches Beileid und Mitgefühl ausdrücken.

Der schnelle Fahndungserfolg zeigt eine gute und professionelle Zusammenarbeit der Polizei auch über Landesgrenzen hinweg.“

Die DPoIG setzt sich immer für den Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen ein. Die Erosion von Respekt gegenüber der Polizei und dem Staat und auch



#zweivonuns

schlicht gegenüber anderen Menschen in unserer Gesellschaft zeigt ihr trauriges Abbild gerade in einer solchen Tat. Der vermeintlich banale Grund der Wilderei der Täter steht in einem krassen Kontrast zur Tat nämlich der gezielten Ermordung zweier junger Polizisten.

Wir alle dürfen daher nicht müde werden, den Schutz derer, die uns alle schützen, in den Vordergrund zu stellen. Die Polizeibeamtin und der Polizeibeamte schützen im schlimmsten Fall unsere Gesellschaft auch mit ihrem Leben. Dies muss allen bewusst sein, auch dann, wenn Gewerkschaften mal wieder mehr Personal, bessere Bezahlung oder Ausstattung fordern. Es hat halt auch einen tieferen Sinn, warum Gewerkschaften das tun und so verbissen sind. Denn sie wissen, um was es geht:

am Ende auch um das Leben unserer Kolleginnen und Kollegen. Und da sind wir nicht kompromissbereit! ■

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl am 27. März 2022 im Saarland

Die Wahlen werfen ihre Schatten voraus und auch das Thema „Innere Sicherheit“ ist natürlich in diesem Zusammenhang wichtig. Nicht nur die Bürgerinnen und Bürger möchten wissen, welche Ideen und Schwerpunkte die Parteien für die nächste Legislaturperiode haben, sondern auch unsere Kolleginnen und Kollegen, denn auch sie werden von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Als Gewerkschaft haben wir die politischen Verantwortlichen immer wieder mit unseren Forderungen konfrontiert und Vorschläge zu Verbesserungen gemacht. Nun haben wir ein paar Kernpunkte bei den Parteien abgefragt, zu denen sie sich äußern konnten.

Angeschrieben waren alle Landtagsparteien sowie die Parteien, die nach aktuellen Umfragen über der Fünfprozenthürde landen. Alle Rückmeldungen werden in der Folge hier veröffentlicht. Keine Rückmeldung haben wir bis Redaktionsschluss von den Parteien Die Linke und der AfD erhalten.

Fragenkatalog

1. Welche Vorstellungen haben Sie mit Blick auf die Personalsituation in der saarländischen Polizei? Was halten Sie von unserem Vorschlag, eine Mindestpersonalisierung von 3 000 Vollzugsbeamten:innen für die Polizei einzuführen? Welche Personalgröße wäre in einem solchen Fall für Sie vorstellbar (Vollzugsbeamte/Verwaltungsbeamte/Tarifbeschäftigte)?
2. Setzen Sie sich für das Weiterbestehen der sogenannten Assistenzsysteme (POD/Ermittlungsassistenten) ein oder wollen Sie diese noch ausbauen?
3. Planen Sie die Wiedereinführung der „dreigeteilten“ Laufbahn in der Polizei (mittlerer, gehobener und höherer Dienst)?
4. Wie stehen Sie zu den Themen „Polizei- beziehungsweise Bürgerbeauftragte“ und Kennzeichnungspflicht?
5. Wie möchten Sie den Beförderungstau im Bereich der Polizei und die damit verbundenen hohen Wartezeiten angehen? Was planen Sie im Bezug auf das Beförderungsbudget?



6. Wie möchten Sie das Thema „Zulagenwesen“ in der Polizei verbessern? Haben Sie konkrete Vorstellungen für neue Zulagen, wie zum Beispiel für den Bereich der Ermittler:innen im Sexualbereich oder bei den geschlossenen Einheiten? Wie stehen Sie zu einer Dynamisierung und zur Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage? Gibt es Pläne, die Voraussetzungen für die Erschwerniszulage für Teilzeitkräfte anzupassen, damit diese hier nicht weiter benachteiligt werden – Stichwort „Dienstpaare“?

7. Wie planen Sie die Attraktivität des Polizeiberufes auszubauen, sowohl für Bestandspersonal als auch für Bewerber:innen?

8. Was planen Sie zum weiteren Ausbau der Digitalisierung der Polizei? Planen Sie im Zusammenhang mit dem Ausbau der Digitalisierung der Polizei auch das weitere Ermöglichen von externem/mobilem Arbeiten (auch nach der pandemischen Lage), um die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf flexibler zu gestalten?

9. Planen Sie größere Veränderungen oder Reformen der Polizei im Saarland? Wenn ja, welche?

10. Der Beruf der Polizeibeamtin und des Polizeibeamten ist, insbesondere im Schichtdienst, für Familien und im Bereich der Pflege herausfordernd. Welche Vorschläge haben Sie zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit des Berufes?

11. Für eine moderne Polizei ist die Aus- und Fortbildung in allen Ebenen existenziell. Wie stehen Sie zu der Einführung einer festen Zeitkomponente in der wöchentlichen Arbeitszeit für Aus- und Fortbildung? Wie stehen Sie zu der aktuellen Organisationsstruktur der Aus- und Fortbildung innerhalb der Polizei? Planen Sie die Erhöhung des Budgets für Aus- und Fortbildung? Planen Sie eine Digitalisierung der Aus- und Fortbildung, um die Teilnahme an Angeboten beispielsweise in Form von Webinaren zu ermöglichen?

12. Gibt es Ihrerseits konkrete Pläne oder Konzepte, um die Anzahl an Frauen in Führungspositionen der Polizei zu erhöhen? Welche Maßnahmen planen Sie, um die Anzahl weiblicher Bewerber für die Ausbildung zum höheren Polizeivollzugsdienst zu steigern? Wie stehen Sie zu dem Thema Frauenquote in Führungspositionen?

Alle aus Platzgründen hier nicht abgedruckten Antworten können auf unserer Homepage unter <https://www.dpolg-saar.de/wahlpruefsteine-2022> abgerufen werden.

Antworten zu Frage 1:

CDU Unser Land steht vor großen Herausforderungen bei der Gefahrenabwehr und der Durchsetzung von Recht und Ordnung. Zunehmende Verrohung, Radikalisierung und Extremismus, nicht zuletzt im Umfeld der Coronapandemie, aber auch neue Formen der Kriminalität erfordern entschlossenes Handeln bei der polizeilichen Arbeit – dies reicht von der Sicherheit im eigenen Zuhause über die Bekämpfung organisierter Kriminalität und terroristischen Bedrohungen hin zur Verfolgung von Straftaten in den digitalen Medien.

Innere Sicherheit gehört seit jeher zur Kern-DNA der CDU Saar. Die Sicherheit aller Saarländerinnen und Saarländer genießt für uns oberste Priorität. Die CDU hat dafür in der Vergangenheit eine Vielzahl an Sicherheitspaketen durchgesetzt.

Als CDU Saar werden wir daher den offensiven Kurs der CDU-gelöhrten Landesregierung bei der Neueinstellung von Anwärterinnen und Anwärtern für den Polizeidienst entschieden fortsetzen. Hierzu streben wir an, jährlich 150 Neueinstellungen vorzunehmen. Durch die weitere Einstellung von rund 170 Tarifbeschäftigten sollen die Beamtinnen und Beamten von ihren bisherigen Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Dabei gilt es aus unserer Sicht auch, nicht bloß personelle Schwerpunkte im Wach- und Streifendienst bei den Polizeiinspektionen zu setzen, sondern auch das gesamte Personal im Bereich der Bekämpfung von Onlinekriminalität zu stärken.

Weil gerade im Bereich digitaler Straftaten die Zunahme an Straftaten im Bereich der Kinder- und Jugendpornografie besonders besorgniserregend ist, wollen wir hier auch die personelle und technische Ausstattung unserer Fachdienststelle erhöhen. Für die

seelisch sehr belastende Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll eine Erschwerniszulage gewährt werden.

SPD Wir wollen die Einstellungszahlen so erhöhen, dass binnen eines Jahrzehnts unter Berücksichtigung der Ruhestandsversetzungen und nach Erhebung einer Potenzialanalyse zwecks entlastender und wirksamer polizeilicher Aufgabenerfüllung wieder mindestens 2 900 Polizeivollzugsbeamt:innen auf den Dienststellen eingesetzt werden. Der Stellenabbau der vergangenen 21 Jahre muss weiterhin durch konsequent hohe Zahlen bei den Anwärterinnen und Anwärtern kompensiert werden. Nur so können wir die Abgänge der geburtenstarken Jahrgänge stabilisieren.

Freie Demokraten Unser Ziel ist eine Personalstärke von 3 000 Beamten sowie ein Ausbau der tariflichen Stellen, damit ungeplante

Ausfälle auch in Zukunft kompensiert werden können. Die mittel- und langfristige Verbesserung der Personalsituation der saarländischen Polizei durch die Schaffung neuer Planstellen sowie durch zusätzliche Ermittlungsassistenzen reduzieren die Belastung der Beamten.



Die saarländische Polizei ist seit Jahren unterpersonalisiert. Eine Abkehr von den viel zu niedrigen Einstellungszahlen wurde durch uns schon vor Jahren gefordert. Die Maßzahl von mindestens 150 Neueinstellungen muss erhalten bleiben. Aufgrund der Kapazitätsgrenzen der FHSV ist zu prüfen, inwiefern zusätzliche externe Zugänge möglich sind. Perspektivisch muss dadurch eine deutliche Steigerung, insbesondere bei den Vollzugsbeamten erfolgen. Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte können in abgegrenzten Bereichen die Arbeit unterstützen und Personalbedarfe schließen.



Antworten zu Frage 2:

CDU Sowohl der Polizeiliche Ordnungsdienst als auch die sogenannten Ermittlungsassistenten stellen aus Sicht der CDU Saar eine wichtige Unterstützung für die Polizeibeamtinnen und -beamten im Saarland dar und haben sich in der Praxis bewährt.

Durch die weitere Einstellung von rund 170 Tarifbeschäftigten sollen die Beamtinnen und Beamten von ihren bisherigen Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Die sogenannten Er-

mittlungsassistenten haben sich bewährt und sollen personell ausgebaut werden. Hierbei prüfen wir die Übernahme in das Beamtenverhältnis. Den Polizeilichen Ordnungsdienst wollen wir nicht nur weiter personell stärken, sondern auch dessen Befugnisse sowie jene des Kommunalen Ordnungsdienstes erweitern und verstärken. Durch eine verbesserte Ausbildung dieser Dienste soll die Polizei weiter entlastet werden. Auch in weiteren Bereichen werden wir vermehrt auch tarifbeschäftigte Experten einsetzen, so zum Beispiel in der IT, im

Bereich Cybercrime und in der Personalverwaltung. Voll ausgebildete Polizeivollzugsbeamte sollen sich noch stärker auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können.

SPD Die Assistenzsysteme entlasten die Beamtinnen und Beamten und haben sich bewährt. Wir brauchen jedoch vor allem mehr Polizeivollzugsbeamt:innen.

Freie Demokraten FDP Wir wollen die Assistenzsysteme bedarfsgerecht ausbauen.



Sowohl die Mitarbeiter*innen des POD als auch der Ermittlungsassistenten haben in den letzten Jahren wertvolle Arbeit geleistet, gerade um den Mangel an Vollzugsbeamt*innen abzufedern. Ihre Arbeit ist anzuerkennen und zu fördern. Ein weiterer Ausbau steht für uns nicht zur Debatte, da wir die Polizei mit Beamt*innenstellen ertüchtigen wollen.

Antworten zu Frage 3:

CDU Aktuell ist dies vonseiten der CDU Saar nicht angedacht. Gerne sind wir aber bereit, hierzu mit den Polizeigewerkschaften in Gespräche zu treten.

SPD Die Wiedereinführung des mittleren Dienstes lehnen wir ab. Die Anforderungen an den Polizeiberuf verpflichten zur Einstellung der Beamt:innen im gehobenen und höheren Dienst. Wir wollen auch

Interessent:innen mit mittlerem Bildungsabschluss die Erlangung der Fachhochschulreife in einem speziellen Bildungsgang ermöglichen und so den Zugang zur Polizei öffnen.



Nein.



Nein.

Alle aus Platzgründen hier nicht abgedruckten Antworten können auf unserer Homepage unter <https://www.dpolg-saar.de/wahlpruefsteine-2022> abgerufen werden.

Antworten zu Frage 4:

CDU Als CDU Saar lehnen wir die Einrichtung eines Polizeibeziehungsweges Bürgerbeauftragten bei der Polizei ab. Die internen Überprüfungen bei Fehlverhalten einzelner Beamtinnen und Beamten werden vom Landespolizeipräsidium bereits sorgsam bearbeitet. Strafrechtlich relevantes Fehlverhalten Einzelner werden durch Staatsanwaltschaft und die unabhängige Justiz entsprechend geahndet. Eine Art „Parallel-Justizbehörde“ in Form eines Polizeibeziehungsweges Bürgerbeauftragten lehnen wir daher ab.

Der Schutz unserer Polizeibeamtinnen und -beamten hat darüber hinaus oberste Priorität für uns. Denn sie riskieren in Einsätzen ihre Gesundheit für unsere Sicherheit. Eine Identifizierbarkeit durch eine Kennzeichnung würde sie und ihre Familien zusätzlichen Gefahren aussetzen. In einer Zeit, in der sich Angriffe ohne erkennbaren Anlass auf unsere Beamte mehren, ist das ein falsches Signal. Daher lehnen wir eine Kennzeichnungspflicht entschieden ab. Wir stehen zu unseren Polizistinnen und Polizisten.

SPD Polizist:innen stehen Tag und Nacht für die Sicherheit der Bürger:innen bereit. Sie sichern die öffentliche Ordnung, greifen in Gefahrenlagen ein und riskieren dabei häufig ihre Gesundheit. Das Vertrauen der Bevölkerung in unsere Sicherheitsbehörden ist groß und soll auch so bleiben. Die Einführung einer Kennzeichnungspflicht planen wir zurzeit nicht.



Polizei- oder Bürgerbeauftragte lehnen wir ab.

Eine Kennzeichnungspflicht sieht die FDP grundsätzlich eher positiv.



Wir sind für die Einführung eines/einer Polizeibeauftragten als neutrale Ansprechstelle für Bürger*innen. Dies schafft Vertrauen in die Qualität und Rechtmäßigkeit der Arbeit. Ähnliches gilt für die Kennzeichnungspflicht, die allerdings nicht zwingend der Klarname sein muss. Eine gut ausgebildete Polizei, mit ausreichend Personal und Rückhalt, soll und kann immer „mit offenem Visier“ dem Bürger gegenüberreten.



Antworten zu Frage 5:

CDU Die CDU Saar setzt sich dafür ein, dass junge Kommissarinnen und Kommissare im Schnitt zwei Jahre schneller befördert werden können als bisher; die notwendigen finanziellen Handlungsspielräume zur Erhöhung der damit verbundenen Beförderungsbudgets sowie die notwendigen Stellenhebungen werden wir im Rahmen unserer Haushaltsvorgaben schaffen und verstetigen.

Darüber hinaus wollen wir planbare und zugleich flexible Karriereewege in der saarländischen Polizei ermöglichen.

SPD Die Karriere- und Beförderungschancen, insbesondere im Bereich der unteren Besoldungsgruppen, wollen wir verbessern, um die Attraktivität des Polizeiberufs zu steigern und der Unzufriedenheit entgegenzuwirken. Endlose Warteschleifen müssen der Vergangenheit angehören.

Eine leistungs- und berufsge-rechte Beförderungsstruktur werden wir sicherstellen.

Freie Demokraten FDP Im Landeshaushalt sollten möglichst ausreichend Mittel für Beförderungen vorhanden sein.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Die aktuelle Situation bezüglich Beförderungen, Wartezeiten, Budget und Stellenplan sind untragbar. Eine

Mindestwartezeit von mehr als zehn Jahren, trotz guter Beurteilung und Abschluss, ist nicht akzeptabel. Wir fordern die Einführung einer Regelbeförderung und das in einem Maße, die mit anderen Ländern und Behörden vergleichbar ist. Perspektivisch bedeutet das, eine Halbierung des Rangdienstalters. Dazu müssen das Budget und der Stellenplan entsprechend angepasst werden.

Antworten zu Frage 6:

CDU Unsere Polizistinnen und Polizisten verdienen volle Rückendeckung – auch durch eine wertschätzende Entlohnung. Wir wollen daher, dass sich neben der Besoldung auch die (Risiko-) Zulagengewährung im Polizeidienst im „Geleitzug“ mit anderen Bundesländern bewegt.

fähigkeit der Polizeizulage werden wir die weitere Entwicklung in den anderen Ländern und die Diskussionen der Arbeitskreise in der Innenministerkonferenz eng im Blick behalten. Zudem werden wir auch weitere Zulagen wie beispielsweise die „KiPo-Zulage“, die es bisher lediglich in zwei Ländern gibt, für diese seelisch sehr belastende Arbeit gewähren.

SPD Die Polizeizulage muss weiter angehoben werden, um den besonderen Belastungen der Polizist:innen Rechnung zu tragen. Die kürzlich beschlossene Erhöhung ist für uns nur ein Zwischenschritt. Wir wollen für unsere Polizist:innen mit den Entwicklungen in den anderen Bundesländern und bei der Bundespolizei Schritt halten. Die Wiedereinführung der Ruhe-

gehaltsfähigkeit gehört ebenso auf den Prüfstand wie die sogenannte „KiPo-Zulage“ für Ermittler:innen im Sexualbereich. Die Maßnahmen müssen sich im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Landes vollziehen.

Freie Demokraten FDP Der Polizeidienst muss angemessen besoldet werden. Dazu gehört die Polizeizulage als besonderer Ausgleich für die Erschwernisse des Dienstes. Wir sind für die Einführung eines Ruhegehalts, das sich anhand der Grundbesoldung statt an den Zulagen bemisst.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Das Zulagenwesen in der saarländischen Polizei wurde von der Gehaltsentwicklung und Inflation abgekoppelt. Wir streben dabei eine Angleichung an die Zulagen der

Bundesbesoldung an. Polizist*innen setzen ihre Gesundheit und – wie uns unlängst vor Augen geführt wurde – ihr Leben für die Gesellschaft ein. Durch die Polizeizulage soll dem Rechnung getragen werden. Das ist nur der Fall, wenn die Zulage dynamisch der Inflation angepasst wird. Dass die verdienten Bezüge auch die Grundlage für die verdiente Pension sein müssen, ist für uns selbstverständlich.

Die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist uns seit jeher ein Anliegen. Die Flexibilisierung von Teilzeitmöglichkeiten ist daher wichtiger Bestandteil unseres Wahlprogramms. Eine Reduzierung der Arbeitszeit darf daher auch nicht zu einer überproportionalen Reduktion des Gehalts führen.

Nach einer moderaten Anpassung der „Polizei- und Gitterzulage“ im vergangenen Jahr möchten wir als CDU Saar zukünftig die Polizeizulage im Saarland an den allgemeinen Länderdurchschnitt anpassen. Innenminister Klaus Bouillon hat vorab bereits eine Rechtsverordnung initiiert, um erste Verbesserungen auf den Weg zu bringen. Mit Blick auf die Wiedereinführung der Ruhegehalts-

Impressum:

Redaktion: Sascha Alles (V. i. S. d. P.)

Landesgeschäftsstelle: Hohenzollernstraße 41 66117 Saarbrücken Telefon: 0681.54552 Fax: 0681.54553

www.dpolg-saar.de E-Mail: info@dpolg-saar.de

ISSN 0937-4876

> Geburtstage im Monat März

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die Geburtstag haben:

7. März	H. Schorr	81 Jahre	20. März	H. Schwarz	65 Jahre
7. März	G. Schneider	68 Jahre	20. März	G. Kirchhauser	50 Jahre
8. März	W. Haygis	72 Jahre	24. März	H. Oswald	78 Jahre
13. März	H. Schneider	65 Jahre	27. März	K.-H. Fischer	93 Jahre
15. März	A. Feidt	60 Jahre	30. März	Ch. Schmitt	30 Jahre

Wir wünschen euch alles Gute und bleibt gesund!

Eure DPoIG